

Veröffentlichungsweg:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen 3 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige
Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.
Für Plakatschriften kann keine Gewähr übernommen werden.
Gerichtsstand für beide Teile ist Calw.



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld.
Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.
In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprecher Nr. 9.
Verantwortliche Schriftleitung: Friedrich Hans Scheel.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Die deutsche Antwortnote.

Berlin, 27. Jan. Die Antwort der Reichsregierung auf die Kollektivnote über die Räumungsfrage ist heute vormittag den alliierten Vertretern übergeben worden. Sie lautet:
„Herr Botschafter!
In der dem Herrn Reichskanzler am 26. Januar überreichten Note erklären die alliierten Regierungen, daß sie einstweilen nicht die Absicht haben, die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darlegung der Deutschen Note vom 6. Januar einzugehen.“

Sie verschieben die bereits in ihrer ersten Note angekündigte Mitteilung derjenigen Punkte, von deren Erledigung sie die Räumung der Kölner Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie ebenso wie früher mögliche Beschleunigung dieser Mitteilung in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der deutschen Regierung eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrages entgegenzusetzen und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgesehenen Voraussetzungen für die fristgemäße Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe.

Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die alliierten Regierungen halten die deutsche Regierung wie auch die Öffentlichkeit noch immer in Unkenntnis des Tatsachenmaterials, mit dem sie den von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefaßten Beschluß begründen wollen.

Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrags beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigung zu verteidigen. Die alliierten Regierungen ziehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgerungen

und lehnen es in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten. Die deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 vorgeworfen werden könnte. Sie hat nicht bestritten und bestreitet nicht, daß diese Artikel die Räumung der nördlichen Rheinlandzone auf 10. Januar 1925 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Tatsache der völligen Entwertung Deutschlands ist zu offensichtlich, als daß die alliierten Regierungen die Nichterfüllung des vertraglichen Räumungstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abwicklung begründen könnten.

Die alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite des Artikels 428 und des Artikels 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß die im Artikel 429 vorgesehene etappenweise Räumung eine vor ihrer Entscheidung abhängige Vergünstigung für Deutschland darstelle. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrages widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen des Artikels 429 nicht weniger bindendes Vertragsrecht sind, als diejenigen des Artikels 428.

Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbareren politischen Zusammenarbeit gestattet es nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Gebiets und seiner Bevölkerung im Ungewissen läßt, auf unbestimmte Zeit zu verlängern.
Die deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die alliierten Regierungen die Mitteilung des angekündigten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzungen für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konflikts schaffen.“

Keine private Sondierung in der Räumungsfrage.

Berlin, 27. Jan. Halbamtlich wird gemeldet: Das Berliner Tageblatt veröffentlicht eine Nachricht aus Washington, in der unter Bezugnahme auf den Berliner Bericht einer amerikanischen Zeitung behauptet wird, daß eine private Sondierung der englischen Regierung wegen gleichzeitiger Räumung der Kölner Zone und des Ruhrgebiets bis zum 10. Mai d. J. von dem deutschen Außen-

minister Dr. Stresemann abgelehnt worden sei. Diese Behauptung ist vollkommen unzutreffend. Eine private Sondierung der englischen Regierung ist nicht erfolgt. Soweit die Frage des Kompromisses der gleichzeitigen Räumung der Gebiete in privaten Unterredungen erörtert worden ist, hat der Außenminister vielmehr gegenüber einer derartigen Anregung sich in demselben positiven Sinne geäußert, den der Reichskanzler Dr. Luther in seiner Reichstagsrede vom 21. Januar gegenüber dieser Frage zum Ausdruck gebracht hat.

Berlin, 28. Jan. Die Volk. Zeitg. meldet aus London: Wie das Reutersche Büro erklärt, ist es ermächtigt, die Nachricht, daß Großbritannien eine Räumung der Kölner Zone erwäge, nachdrücklich zu dementieren. Hinsichtlich der Gerüchte über Verhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien in dieser Frage müsse erneut festgestellt werden, daß diese Frage nicht Großbritannien allein angehe, sondern eine interalliierte Angelegenheit sei. Die britischen Truppen seien in dieser Zone dort nur als ein Teil der Besatzungsarmee. Die gestern Deutschland überreichte Note macht es völlig klar, daß wir hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone nichts unternehmen werden, bis Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages erfüllt hat. Wenn dies geschehen ist, wird die Räumung automatisch folgen.

Der württ. Landtag gegen den Vertragsbruch.

Stuttgart, 27. Jan. Beim Wiederzusammentritt des Württ. Landtags führte Präsident Körner heute vor Eintritt in die T.D. aus: Wir nehmen im neuen Jahre unsere Arbeit im Plenum des württembergischen Landtages wieder auf und hätten dies mit weniger Sorge für die Zukunft tun können, wenn am 10. Januar dieses Jahres die Hoffnung des deutschen Volkes auf den endlichen Beginn der Räumung deutscher Lande von fremden Besatzungen erfüllt und der vertragmäßige Zustand herbeigeführt worden wäre. Trotzdem von den zuständigen deutschen Stellen darauf hingewiesen wurde, daß die weitere Besetzung von Köln und der ersten Rheinlandzone unter Umständen Folgen nach sich ziehen werde, die nicht nur von deutschen, sondern von gesamteuropäischen Standpunkt aus gefährlich erscheinen, ist die Räumung durch die Alliierten nicht erfolgt. Auch der württembergische Landtag als Vertreter des württembergischen Volkes gibt seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß die vertraglichen Zusagen nicht eingehalten wurden und daß die alliierten Mächte, die doch wahrhaftig von dem wehrlos gemachten Deutschen Reich nirgends bedroht sind, die Verträge, die sie durch ihre Unterschrift anerkannt, aus nichtigen Gründen verleugnen und zu einer Politik der Gewalt zurückzukehren, die das deutsche Volk durch seine Opfer überwinden zu haben glaube. Wenn von Sicherheiten gegen kriegerische Angriffe gesprochen wird so hätte wohl das entwaffnete deutsche Volk vor allen Völkern der Welt das Recht, für seine friedliche Entwicklung Sicherheiten zu fordern und zu verlangen, (sehr richtig), daß an Stelle rechtswidriger Gewalt das Recht tritt, auf das auch Deutschland Anspruch erhebt. (Lebhafter Beifall).

Die Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 27. Jan. Das Reichskabinett ist heute nachmittags kurz vor 6 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, um das Schreiben des französischen Handelsministers Ragnaldy und den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu erörtern.

Das Kabinett berät über die französische Antwort.

Paris, 28. Jan. Zur Note Ragnaldys an die deutsche Wirtschaftsdelegation äußert der Vertreter der Tel.-Union von gut unterrichteter Seite, daß im jetzigen Augenblick mit zwei Möglichkeiten zu rechnen sei: Mit dem Abschluß eines Provisoriums oder einer Unterbrechung der Verhandlungen, die von deutscher Seite als eine freundschaftliche Unterbrechung unter Anwendung eines Stillstandes gewünscht werde. Die Frage dieser Unterbrechung sei in der gegenwärtigen Verhandlungsform zuerst von französischer Seite aufgeworfen worden und werde von Deutschland, da die Aussicht auf ein Provisorium mehr und mehr schwinde als die beste vorläufige Lösung angesehen.

Regierungserklärungen zur Aufwertungsfrage.

Berlin, 27. Jan. In der heutigen Sitzung des Aufwertungsausschusses des Reichstages gab der neue Reichsjustizminister Franken eine Erklärung ab, in der er zunächst auf die Rechtsunsicherheit hinwies, die auf dem Gebiet der Aufwertung nach der 3. Steuernotverordnung entstanden ist. Durch die Entwicklung der Dinge sei eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten gewesen. Unter diesen Umständen habe die Reichsregierung dem Reichspräsidenten den Erlaß einer Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung empfohlen. Die in der Öffentlichkeit erhobenen Rechtsbedenken würden von der Reichsregierung nicht geteilt. Es sei vollkommen gerechtfertigt, die aus der Erschütterung der Rechtsgrundlage der 3. Steuernotverordnung

hervorgehenden schweren Gefahren für die Öffentlichkeit durch eine Notverordnung abzuwenden. Im übrigen sei die Verordnung vom 4. Dezember nur zur einstweiligen Regelung der Aufwertung bestimmt.

Die Reichsregierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die endgültige Lösung des Aufwertungsproblems nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung gefunden werden könne. Eine Regierungsvorlage zur Ergänzung der 3. Steuernotverordnung sei in Vorbereitung.

Die Vorarbeiten seien so weit vorgeschritten, daß die Reichsregierung die Einbringung bei den gesetzgebenden Körperschaften für nahe Zeit in Aussicht stellen könne. Für möglichst Beschleunigung sei Sorge getragen.

Neueste Nachrichten.

Unter Zurückweisung der in der Zwischennote der Alliierten erhobenen Anschuldigungen gegen Deutschland fordert die Reichsregierung nochmals schnellste Ueberweisung des angekündigten Materials über die deutschen Verletzungen.

Das Reichskabinett hat Staatssekretär Dr. Trendelenburg erneut zur Berichterstattung nach Berlin berufen.

Das Organ Herriots bezeichnet die wirtschaftliche Einigung als Voraussetzung für ein Zusammengehen Deutschlands mit Frankreich in Form des Gedankens eines Garantiepaktes.

Das neue Aufwertungsgesetz dürfte dem Reichstag in etwa drei bis vier Wochen zugehen.

Die unklare Lage in der Preußen-Krise dauert unvermindert fort.

Im polnischen Senat wurde ein Antrag eingebracht, gegen Danzig wirtschaftliche Druckmaßnahmen anzuwenden.

Der württembergische Landtag begann seine Arbeit im neuen Jahr mit einem scharfen einmütigen Protest in der Räumungsfrage.

Beim Etat des Staatsministeriums, der gestern im Landtag behandelt wurde, gab es eine scharfe Auseinandersetzung zwischen der Deutsch-demokratischen Partei und Staatspräsident Buzille.

Reichsfinanzminister von Schlieffen betonte die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung, damit die Wirtschaft von Beunruhigungen verschont bleibe. Die Regelung dürfe nicht ausschließlich unter fiskalischen Gesichtspunkten erfolgen. Auch der sozialen Gerechtigkeit müsse Genüge geschehen. Bei den öffentlichen Anteilen deute er sich die Aufwertung so, daß in erster Reihe die bedacht werden, die dem Reiche in der Zeit der Not mit ihrem Geld beigeprungen seien und unter diesen müßten wieder die Bedürftigen bevorzugt werden. Große Schwierigkeiten bereite die Unterscheidung zwischen altem und neuem Anleihebesitz. Man hoffe aber, jetzt einen Weg gefunden zu haben, der für die Banken gangbar sei. Unter allen Umständen müsse vermieden werden, daß die Spekulation sich auf Kosten der schwergeschädigten Anleihebesitzer bereichere.

Geh.-Rat Norden vom Reichsfinanzministerium erklärte auf eine Anfrage, daß die Verhandlungen mit den Banken und Bankiers ausschließlich den Zweck verfolgten hätten, die Unterscheidung zwischen altem und neuem Anleihebesitz technisch vorzubereiten. Das Ministerium hoffe, mit den Banken zu einer Verständigung zu kommen.

Berlin, 27. Jan. Wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen erfährt, rechnet man nach den heutigen Regierungserklärungen im Aufwertungsausschuss damit, daß das neue Aufwertungsgesetz dem Reichstag in 3 bis 4 Wochen zugehen wird. In der Zwischenzeit wird sich der Aufwertungsausschuss mit der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums befassen, die eine kritische Zusammenfassung der Aufwertungsfragen in Gegenwart und Vergangenheit gibt.

Einstellung der Aufwertungsverfahren bis zur gesetzlichen Neuregelung.

Berlin, 27. Jan. Der Aufwertungsausschuss des Reichstages schloß heute seine Beratungen vorläufig ab. Die Regierung wurde aufgefordert, binnen 8 Tagen einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den vorgesehen wird, daß die anhängigen Verfahren über Aufwertungsstreitigkeiten, bei denen eine Entscheidung auf Grund der 3. Steuernotverordnung getroffen werden muß, auf Antrag eines Beteiligten bis zur gesetzlichen Neuregelung der Aufwertung ausgesetzt werden. Der Aufwertungsausschuss tritt erst wieder in 8 Tagen zusammen.

Bayerische Entscheidung gegen die Aufwertungsverordnung.

Frankfurt, 27. Jan. Wie die Frankfurter Zeitung hört, hat der Reichsfinanzhof die Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember betr. die vorläufige Regelung der Aufwertung für ungültig erklärt. In der Begründung heißt es: Der Art. 48 will etwas erfassen, was durch Ermächtigungsgesetz geregelt sei, weil an den verwaltungsrechtlichen Kompetenzen durch Art. 48 nichts geändert werden dürfe.

Trendelenburg erneut nach Berlin berufen.

Berlin, 27. Jan. Auf der Tagesordnung der heutigen Kabinettsitzung standen verschiedene Fragen der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen. Das Kabinett beschloß den Staatssekretär Dr. Trendelenburg zur Berichterstattung nach Berlin zu berufen.

Schmieh, den 27. Januar 1925.
Todes-Anzeige.



Freunden, Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere innigstgeliebte Gattin, Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Anna Barbara Kentschler

nach kurzer Krankheit in dem Herrn sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
der tiefbetrübte Gatte:

Gottlieb Kentschler, Gemeindepfl.

Beerdigung Donnerstag Mittag 1 Uhr
in Schmieh.

Hof Eügenhardt,
den 27. Januar 1925.

Dankjagung.



Die große teilnehmende Liebe und der helfende Trost, den wir in so ungeahnt reichem Maße in diesen schweren Tagen des Heimgangs unseres lieben Entschlafenen

Gottlieb Kopp

von allen Seiten erfahren durften, sowie die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, der erhebende Gesang der Sänger und die reichen Blumenpenden sind uns der schönste Beweis, daß sie ihn alle lieb gehabt und ihm damit geholfen haben auf seiner Wanderung und den Eingang zur ewigen Ruhe.

Aus tiefbewegtem Herzen danken jedem Einzelnen

in erster Trauer:

die Hinterbliebenen.

Sonnenhardt, den 27. Januar 1925.

Todesanzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten geben wir hiemit die schmerzliche Nachricht, daß unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester und Schwägerin

Katharina Kleinbub

heute Nacht nach schwerem Leiden in die Ewigkeit abgerufen wurde.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Kleinbub.

Familie Rothacker.

Beerdigung Donnerstag nachmittags 1/2 2 Uhr.

Zur Führung eines Haushaltes

wird
Frau oder Fräulein

aus guter Familie

für einige Wochen gesucht.

Schriftliche Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Reichert. Bozener Mäntel
Gummi-Mäntel

Führt Pelerinen
Qualitätsware! Windjacken

Sonderverkauf in
Wolldecken

Leine und Segeltuch
für Pferde und Vieh

bei

Otto Weißer

Sattlerei und Polstergeschäft
Kronengasse.

Das gute
Harmonium
zu günstigen Preisen
beliebt
gegen Teilzahlung
**Schmid &
Buchwaldt**
Pforzheim, Westl. 23
Verlangen Sie Katalog!



„Karo“
Fensterputz

macht die Scheiben kristallklar und spiegelblank ohne Wasser!

ohne Leder!

Jetzt erhältlich die große Flasche für 50 Pfg. bei

R. Hauber, Seifengesch.,

G. Pfeiffer, Kolonialw.

In Nagold:

R. Harr, Seifengeschäft,

G. Heller, Kolonialwaren.

Fabrikant

Karl Hornmann,

Eßlingen a. N.

Vorzügliches
Lederfett
empfiehlt
Albert Wochele.

Am Samstag, den 31. Januar

und

Sonntag, den 1. Februar

halte ich

Mehlsuppe



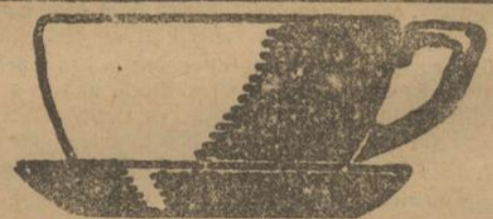
wozu höflichst einladet

Frau Bolz, zur „Krone“.

Hautröte

sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Blüthen, Miltesser, usw. verschwinden durch lägl. Gebrauch der echten
Stechenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.

Ritter-Drogerie O. E. Kistowski; R. Hauber, Seifensieder
G. Pfeiffer, Kolonialwaren; Friedr. Lamparter;
Wilh. Winz, Friseur; J. Odermatt, Friseur.



Serva-Kaffee

beste Mischungen, stets frisch gebrannt

Carl Serva, Calw

Fernspruch - Nummer 120.

Rundholz

Stangen und Papierholz

kauft jedes Duant. bei höchster Bezahlung

Joseph Bölter .: Calw.

Um meinen Abnehmern entgegen zu kommen, gewähre ich noch
einige Tage auf sämtliche Waren einen

Rabatt von 20 Prozent

Der Rabatt wird nur bei Käufen über Mk. 5.— und sofortiger
Bezahlung gewährt. Umtausch ist nicht gestattet. Muster und
Auswahlen werden nicht abgegeben.

Paul Räuchle am Markt **Calw**

Manufakturwaren = Aussteuerwaren

Bettbarchente = Bettfedern

Schürzen = Wäsche = Trikotwaren

Herrenanzugsstoffe

Fertige Herren- und Knabenkleidung

Rübler's gestrickte Anzüge und Sweters